

Vom theoretischen
Gedankenspiel zur
realistischen Option

Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün

Stephan Eisel

Eine mögliche Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und den Grünen beschäftigt in schöner Regelmäßigkeit die politische Fantasie in Deutschland. Mal wirft ein Christdemokrat, das andere Mal ein Grüner einen schwarz-grünen Stein ins Wasser, um dann gleich zu beteuern, mit den entstehenden Wellen nichts zu tun zu haben. Bei den Grünen herrscht erstauntes Erschrecken, bei der Union neugierige Ängstlichkeit und bei den Medien begieriges Interesse nach dem wohlbekannten Ritual, dass Neues interessant ist, bis es Alltag wird.

Berührungsgängste nehmen ab

Seit ihrer Gründung stehen Union und Grüne einander politisch und emotional konfrontativ gegenüber. Zu groß waren bisher die Unterschiede in Programmatik, Politikstil und Milieuverankerung – obwohl viele Grüne aus bürgerlichem Milieu kommen oder vielleicht gerade deshalb, denn die meisten haben besonders radikal damit gebrochen.

Dennoch waren schwarz-grüne Gedankenspiele bei den Grünen nie ganz tabu: Immerhin schon 1987 hatte der damalige Vorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, dafür plädiert, „auf allen Ebenen der Politik Tolerierungen und Koalitionsgespräche mit der CDU nicht auszuschließen“. Der heutige Grünen-Chef Fritz Kuhn hat fast zeitgleich vor der baden-württembergischen Landtagswahl 1988 eine Debatte über die Zusammenarbeit mit der CDU angestoßen. Vier Jahre später führte Erwin Teufel mit den

baden-württembergischen Grünen vorsichtige Sondierungsgespräche, um nach dem Einzug der Republikaner in den Landtag eine Alternative zu einer großen Koalition wenigstens anzudeuten.

Auch bei den CDU-Bundvorsitzenden haben derartige Lockerungsübungen Tradition: Helmut Kohl wies schon auf das politische Talent von Joschka Fischer hin, als dieser noch in weiten Kreisen der Union als *persona non grata* galt. Wolfgang Schäuble war nach der Bundestagswahl 1998 zum Ärger der SPD der Coup gelungen, Antje Vollmer ins Bundestagspräsidium zu lotsen, und in dieser Zeit sorgte auch die so genannte „Pizza-Connection“ zwischen jungen Abgeordneten von Grünen und Union erstmals für einen etwas ernsthafteren Flirt. Man traf sich regelmäßig, am Anfang von viel Pressewirbel begleitet; die Treffen wurden sehr schnell Normalität im politischen Alltag. So überraschte es nicht, dass sich auch Angela Merkel alsbald nach ihrer Wahl zur CDU-Vorsitzenden mit den Grünen-Vorsitzenden Fritz Kuhn und Renate Künast zum Plausch in einem Berliner Gartenrestaurant zusammensetzte.

Über diese atmosphärischen Annäherungen hinaus haben in letzter Zeit mehr oder weniger stabile kommunale schwarz-grüne Bündnisse wie in Köln, Gelsenkirchen, im Landkreis Recklinghausen, Saarbrücken oder dem bevorzugten Wohnort der Frankfurter Banken- und Finanzwelt, Bad Homburg, schwarz-grüne Spekulationen angeheizt und die

prinzipielle Machbarkeit einer solchen Zusammenarbeit gezeigt. Dabei darf freilich in Großstädten die gemeinsame Frustration über das unbewegliche Verhalten der SPD als Motiv nicht unterschätzt werden. CDU und Grüne finden einander, weil sie jeweils der SPD als Partner entfliehen wollen.

Auf der Kommunalebene bleiben zudem Themen ausgespart, die für die Landes- und Bundespolitik von entscheidender Bedeutung sind. Die Frage, ob und gegebenenfalls wann sich die Perspektive schwarz-grüner Bündnisse auf Landes- und Bundesebene eröffnet, lässt sich nur durch eine gründliche Betrachtung wichtiger Politikfelder solide beantworten. Dabei ist das tatsächliche Verhalten bei politischen Entscheidungen ebenso zu berücksichtigen wie die programmatische Ausrichtung der Parteien. Natürlich sind für die Bundestagswahl 2002 die Konstellationen festgezurr, aber wie sieht es mit der Perspektive für die Jahre danach aus?

Auffällige Programmwende der Grünen

Die Grünen haben mit der Vorlage des von vielen überraschenden programmatischen Neuansätzen geprägten Entwurfes für ein neues Grundsatzzprogramm im Juli 2001 ein bemerkenswertes Zeichen gesetzt. Natürlich wird man sehen müssen, inwieweit dieser Entwurf die Beratungen von Parteigremien und schließlich einen Grünen-Parteitag überlebt. Aber immerhin gehören der Programmkommission, die den Entwurf vorgelegt hat, wichtige Repräsentanten unterschiedlicher Flügel der Partei wie Fritz Kuhn, Bärbel Höhn, Renate Künast, Claudia Roth, Antje Radcke und Reinhard Bütikofer an. Sie beschreiben die Grünen in ihrem Programmentwurf als eine Partei, die ein „Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie“ verbindet. Man habe „linke Traditionen aufgenommen, wert-

konservative und auch solche des Rechtsstaatsliberalismus“, und „jenseits des eindimensionalen Rechts-links-Schemas zu einer eigenständigen politischen und gesellschaftlichen Perspektive zusammengefunden“.

In dieser Selbstdefinition sind kaum noch Reste des alten Selbstverständnisses der links-ideologischen Protestpartei zu finden, die allen möglichen linken Sondergrüppchen bis hin zur linksradikalen, autonomen Szene Heimat bieten wollte. Ganz offen räumt der Grundsatzprogrammentwurf der Grünen ein, die Partei habe sich seit dem (radikalen) Grundsatzprogramm von 1980 deutlich verändert: „Bei der Gründung der Grünen war die Vorstellung des ‚ganz Anderen‘ prägend. [...] Nach über zwanzig Jahren aber sind wir nicht mehr die ‚Anti-Parteien-Partei‘, sondern die Alternative im Parteiensystem.“

Dazu passt, dass Fritz Kuhn kundtat, er halte nichts davon, die Grünen links von der SPD zu positionieren. In Fragen der Ökologie oder Wirtschafts- und Sozialpolitik komme man mit dem Rechts-links-Schema nicht weiter. So darf man jetzt auch die Grünen im Allparteienwettbewerb um die Mitte begrüßen.

Gemeinsames und Trennendes in Wertefragen

Manche Gemeinsamkeit haben Christdemokraten und Grüne jüngst zur eigenen Überraschung bei der Bewertung des Umgangs mit der Biotechnologie entdeckt. Im Nordrhein-Westfälischen Landtag führte dies zum gemeinsamen Abstimmungsverhalten gegen die wirtschaftspragmatische Position des von einer rot-grünen Koalition gestellten Ministerpräsidenten Clement.

Die Grünen fordern bei der Gentechnologie „Behutsamkeit und Bedachtsamkeit“ und lehnen verbrauchende Embryonenforschung unmissverständlich ab: „Wir wollen nicht, dass der bisher unan-

gefochtene Grundsatz von der Gleichwertigkeit jeden Lebens aufgegeben wird. Genetisch begründete Mechanismen der Auswahl und der Konstruktion von Menschen lehnen wir ab. Die jeweils schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft sind unser Maßstab für die ethische Güte von Entscheidungen.“ Angesichts dieses hohen Maßstabes des Schutzes von vorgeburtlichem Leben ist es wohl mehr als ein Zufall, dass im neuen Grundsatzprogrammwurf das frühere grüne KampftHEMA des Rechtes auf Abtreibung (Paragraf 218) nicht mehr auftaucht. Aus der Parteiführung ist zu hören, die Abtreibungsfrage sei bei den Grünen nicht mehr konsensfähig – wer hätte das vor zehn Jahren vorhergesehen!

Themen wie die Abtreibungsfrage haben Union und Grüne bisher besonders scharf getrennt. Die Liebe der Grünen zu antiautoritären Modellen, der Einsatz für die Homo-Ehe, ihre Offenheit gegenüber Drogen und die Forderung nach Legalisierung der Prostitution sind nur einige Stichworte, die zeigen, dass der Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen Union und Grünen auch in Fragen der Wertorientierung durchaus begrenzt ist.

Hinzu kommt die Prägung durch unterschiedliche Milieus. Daneben spielt die Generationenfrage eine nicht zu unterschätzende Rolle: Die bisherige Führungsgeneration der Union ist in ihrer Jugend eher von den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren geprägt; die meisten Gründer der Grünen sind aus der 68er-Zeit in die siebziger Jahre hineingewachsen. Diese Generationen sind durch unterschiedliche Lebensstile geprägt. Dass Walter Wallmann die Grünen-Aktivistin Jutta Ditfurth in einer Fernsehdiskussion einmal mit aus seiner Sicht selbstverständlicher Höflichkeit konsequent mit „gnädige Frau“ angesprochen hat, während die Angesprochene sich dadurch böswillig auf den Arm genommen sah, macht dies beispielhaft deutlich.

Doch die jeweils jüngeren Generationen in beiden Parteien kommen einander näher. Manche Symbole machen es deutlich: Lockere Kleidung ist bei CDU-Veranstaltungen inzwischen gang und gäbe, bei den Grünen dominiert schon lange nicht mehr der Alternativlook der Gründerzeit. Gutes Essen oder schnelle Autos lösen längst nicht mehr den Vorwurf bürgerlicher Dekadenz aus. Man trifft sich sowohl beim Rockkonzert als auch in der Oper.

Jüngere Unionsvertreter sind in Lebensstilfragen oft offener als ihre Elterngeneration, jüngere Grüne messen den Lebensstilfragen keine so zentrale ideologische Bedeutung mehr zu wie die Gründergeneration der Partei. Beidseitige Entideologisierung führt zur Entkrampfung zwischen Schwarz und Grün.

Begegnungsfeld Demokratieverständnis

Die Grünen werfen in ihrem Grundsatzprogrammwurf selbst alte Glaubenssätze wie basisdemokratische und plebiszitäre Visionen – lange ein wichtiger Identifikationspunkt der Grünen – über Bord oder relativieren sie stark. Sie werden nun dem Ziel der „Stärkung der parlamentarischen(!) Demokratie“ zugeordnet. Es heißt sogar: „Wir wollen die Rolle der Parlamente und der Abgeordneten im politischen Willens- und Entscheidungsprozess aufwerten.“ Nur „ergänzend zur parlamentarischen Demokratie“ werden Elemente der direkten Demokratie noch vorgeschlagen. In der Union wird die Debatte ganz ähnlich geführt.

Eine ganz erstaunliche Wendung vollziehen die Grünen auch, wenn sie im neuen Grundsatzprogrammwurf einen lange verpönten Begriff aufnehmen und sich als „antitotalitäre Partei“ definieren. Im gleichen Abschnitt wird die „staatlich organisierte Verletzung von Menschenrechten“ im Nationalsozialismus und im Stalinismus verurteilt.

Umso problematischer ist die neue Bereitschaft mancher Grüner – wie des Berliner Landesverbandes –, auch Koalitionen mit der PDS einzugehen. Daraus könnte sich ein ernsthaftes Hindernis für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit ergeben. Die Grünen sollte nachdenklich machen, wie viele frühere Bürgerrechtler aus ihrem Umfeld inzwischen den Weg zur Union gefunden haben, weil die SPD die PDS immer näher zu sich rücken lässt. Die Grünen würden den Namenszusatz „Bündnis 90“ endgültig verspielen, wenn sie dem Kurs der SPD gegenüber der PDS folgten.

Im Grundsatzprogrammwurf findet sich andererseits auch ein für die Grünen lange schwer vorstellbares Bekenntnis: „Wir verteidigen den Rechtsstaat gegen seine Feinde. [...] Der Schutz vor Gewalt gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates.“ Solche Formulierungen belegen einen Wandel der Grünen in der für eine eventuelle schwarz-grüne Zusammenarbeit zentralen Frage des Verhältnisses zur Gewalt. Die Partei hat die Tage der bürgerkriegsähnlichen Schlachten von Brockdorf, Grohnde und an der Startbahn West hinter sich gelassen. Dem trauern allenfalls noch Altaktivisten mit biografischen Wurzeln in der extremistischen Szene wie Jürgen Trittin nach.

Die jüngere Generation der Grünen hat sich Verschwommenheiten in der Gewaltfrage viel seltener geleistet. Freilich gibt es immer wieder Versuchungen, den Rubikon erneut zu überschreiten, wie es die Konzepte vom angeblich „gewaltfreien Widerstand“ nahe legen (etwa im Zusammenhang mit Castor-Transporten und der Anti-Globalisierungs-Bewegung). Die Gewaltfrage bleibt für das Verhältnis der Union zu den Grünen von zentraler Bedeutung, scheint jedoch bei den Grünen so weit geklärt, dass sie aus Sicht der Union in

Zukunft einer Zusammenarbeit nicht im Wege stehen dürfte.

Entdeckungsreise Gesellschaftspolitik

Im Grundsatz vertreten Union und Grüne gesellschaftspolitische Konzepte, die einander näher stehen als jeweils dem sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf. Subsidiarität und Skepsis gegenüber staatlicher Intervention sind für Christdemokraten und Grüne durchaus verbindende Leitgedanken auch in Abgrenzung zu sozialdemokratischem Etatismus.

Im neuen Grundsatzprogrammwurf der Grünen finden sich Sätze, die klingen, als seien sie CDU-Programmen entlehnt: „Freiheit und Verantwortung gehören zusammen [...] Selbstbestimmung findet ihre Grenze, wo sie die Freiheit und Selbstbestimmung anderer einschränkt [...] Individualisierung ist auch eine Herausforderung, da sie Vereinzelung und Entsolidarisierung mit sich bringen kann. Traditionelle soziale und kulturelle Bindungen werden schwächer.“

Im Bekenntnis zu Subsidiarität, den „kleinen Einheiten“ und Dezentralisierung gab es schon immer Berührungspunkte zwischen Union und Grünen. Auch ihr Verständnis von der Rolle des Staates ist ähnlich. Wo die Union unter dem Leitgedanken „Starke Bürger – Starker Staat“ die Rücknahme staatlicher Reglementierung und mehr Freiraum für bürgerschaftliches Engagement fordert, formulieren die Grünen in ihrem Grundsatzprogrammwurf ganz ähnlich: „Wir wollen keinen Nachtwächterstaat, sondern einen gestaltenden Staat, der so stark ist, dass er sich zurückhalten kann, einen Staat, der auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger setzt und dieses fördert.“

Auch in der Frage der Kompetenzaufteilung zwischen den staatlichen Ebenen ähneln die Vorstellungen der Grünen denen der traditionell föderal ausgerichtete

ten Union. Im Grundsatzprogramm-entwurf heißt es dazu: „Für die demokratische Legitimation unseres föderalen Systems müssen die unübersichtlichen Kompetenzen der verschiedenen staatlichen Ebenen zu Gunsten von mehr Gestaltungsfreiheit für Länder und Gemeinden neu geordnet werden.“ Dazu gehöre „ein höheres Maß an Autonomie für die verschiedenen föderalen Einheiten“.

In manchen anderen gesellschaftspolitischen Grundfragen wurden Polarisierungen zwischen Union und Grünen in den letzten Jahren entschärft. Bei den Grünen wird plötzlich darüber diskutiert, die Familie zum entscheidenden Bezugspunkt der Gesellschaftspolitik zu machen. Gerade jüngere Grünen-Abgeordnete stellen fest, dass ihre eigene Philosophie der Nachhaltigkeit in Kindern konkrete Gestalt annimmt. Die Granden der Partei wie Rezzo Schlauch stemmen sich diesem Trend noch entgegen, aber selbst Fritz Kuhn beschreibt die Grünen schon als „Partei der Kinder“. Im Grundsatzprogramm-entwurf ist von dem Ziel einer „kinderfreundlichen Gesellschaft“ zu lesen – ein Begriff, den Helmut Kohl oft verwandt hat, was ihm nicht zuletzt von den Grünen manchen Spott eingetragen hat.

Umgekehrt hat die CDU mit ihrem – von der CSU in allen wesentlichen Punkten mitgetragenen – Integrations- und Zuwanderungskonzept ihre Haltung in einem aus Sicht der Grünen besonders wichtigen Politikfeld aktualisiert und damit eine gemeinsame Diskussionsebene bei diesem zwischen den Parteien lange polarisierenden Thema geschaffen.

Annäherungen in der Umweltpolitik

Bei der Umweltpolitik hat sich in der Union schon vor vielen Jahren die Einsicht durchgesetzt, dass es politisch kurz-sichtig war, den damaligen ersten „grünen“ Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl nicht in der Unionsfraktion gehal-

ten zu haben. Helmut Kohl hat dies im Rückblick des Öfteren als Fehler in seiner Verantwortung als Fraktionsvorsitzen-der bezeichnet. Herbert Gruhl, Autor des Bestsellers *Ein Planet wird geplündert*, wurde bald nach seinem Austritt aus der CDU Gründungsvater der Grünen.

Die Union versuchte in den Jahren danach auch in Reaktion auf den Erfolg der Grünen in mühsamer Kleinarbeit, umweltpolitische Kompetenz zurückzugewinnen (Einführung des bleifreien Benzins und des Katalysators, Schaffung eines Bundesumweltministeriums, rigorose Luftreinhaltungsvorschriften für die Industrie angesichts des Waldsterbens, wesentliche Mitinitiierung des Rio-Prozesses gegen Treibhauseffekt und Klimakatastrophe). Klaus Töpfer und Angela Merkel standen als Bundesumweltminister für diese Politik.

Zugleich setzten die Grünen nach ihrer Gründung leichtfertig aufs Spiel, was ihren eigentlichen politischen Erfolg ausgemacht hat. Sie profilierten sich weniger als Anwalt der Umwelt, sondern entwickelten sich zur linken Protestpartei. Der Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, basisdemokratische Experimente (wie zum Beispiel das Rotationsprinzip) und die Rechtfertigung angeblich „gewaltfreien“ Widerstandes gegen Parlamentsbeschlüsse wurden zu den eigentlichen Identifikationspunkten der Partei.

Herbert Gruhl, Baldur Springmann und viele andere Umweltaktivisten der Gründungsphase verließen enttäuscht die Partei und suchten zum Beispiel in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) ihre neue Heimat. Bei den Grünen reduzierte sich Umweltpolitik fast völlig auf die radikale Ablehnung der Kernkraft. In der Außenwirkung profitierten sie freilich nicht zuletzt vom Parteinamen „DIE GRÜNEN“ – ein genialer Marketing-schachzug – und später vom konsequen-ten Griff nach den Umweltressorts. Fischer in Hessen und Trittin in Niedersachsen sa-

hen in diesen Ämtern wiederum fast ausschließlich Instrumente gegen die Kernkraft (Hanau, Gorleben). Trittin setzt diesen Kurs als Bundesumweltminister fort.

Die erste Grünen-Umweltministerin, für die weniger die Ablehnung der Kernenergie, sondern eher andere umweltpolitische Themen im Mittelpunkt stehen, ist in Nordrhein-Westfalen Bärbel Höhn (Garzweiler, BSE). Renate Künast hat die Chance, den Verbraucherschutz für die Grünen zu okkupieren, wohl verspielt. Je mehr eine neue Generation der Grünen sich auf Umweltpolitik als umfassende politische Aufgabe zurückbesinnt und die Fixierung auf den Atomausstieg überwindet, desto mehr Gemeinsamkeit kann sich mit der Union entwickeln, die ihrerseits Umweltpolitik längst als integrales Politikfeld entdeckt hat und praktiziert. Hier könnten beide Seiten auf einem gemeinsamen (im besten Sinne des Wortes konservativen, das heißt bewahrenden) Fundament aufbauen, dem Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung 1987 die Überschrift „Bewahrung der Schöpfung“ gegeben hat. Auch diesen Begriff haben die Grünen längst übernommen.

Bleibt der Komplex Kernenergie. Für die Union hat in ihrem Bekenntnis dazu längst die umweltpolitische Begründung die wirtschaftspolitische überholt. Kernenergie als CO₂-freie Energiequelle ist ein entscheidender Beitrag im Kampf gegen Treibhauseffekt und Klimakatastrophe. Die Grünen haben sich bisher mit dieser umweltpolitischen Güterabwägung nicht wirklich auseinander gesetzt: Inwieweit lässt sich die reale Gefährdung des Weltklimas tatsächlich leichter verantworten als das vermutete Risiko beim Betrieb deutscher Kernkraftwerke? Je mehr diese Frage gestellt wird, umso eher gerät Bewegung in das Thema und erhöhen sich die langfristigen Chancen auf Gemeinsamkeiten in der Problemlösung zwischen Union und Grünen selbst in diesem schwierigen Feld.

Aber der Weg dorthin ist sehr weit. Immerhin stellen sich die Grünen im neuen Grundsatzprogrammwurf wenigstens ansatzweise der Dramatik der Herausforderung, wenn es dort heißt: „Die Klimaveränderung hat bereits begonnen. Sie wird bisher nicht übersehbare weltweite Auswirkungen mit sich bringen. Gelingt es nicht, die Tendenz umzukehren, drohen gewaltige Katastrophen.“ Entsprechend defensiv fällt die Ablehnung der Kernenergie aus. Fast verzweifelt wird formuliert, „die Atomkraft (sei) auch keine Lösung für das Klimaproblem“. Man wolle „vom fossilen und atomaren Zeitalter in die solare Zukunft“. Hier blitzt die alte grüne Wirklichkeitsferne noch auf – dennoch hat sich die Radikalität der Verteufelung der Nutzung der Kernenergie in früheren Programmen und Beschlüssen der Partei relativiert.

Verbindendes in der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Überraschend ähnlich sind die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen von Union und Grünen. Im neuen Grünen-Grundsatzprogrammwurf finden sich wahre Lobeshymnen auf die Soziale Marktwirtschaft: „Sie setzt die schöpferischen Kräfte des Menschen frei [...] Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in unserem Land in der Vergangenheit als effizientes Element wirtschaftlicher Steuerung erwiesen, weil sie menschliche Kreativität und Eigeninitiative freisetzt und eine große Vielfalt in der Konsumauswahl ermöglicht [...] (Sie) ist auch ein Rahmen der Verwirklichung von Selbstbestimmung. Wirtschaftliche Betätigung dient den Menschen nicht nur zur Sicherung ihrer ökonomischen Existenz. Sie ist auch der Ort, an dem viele Menschen ihre Ideen verwirklichen und Lebenspläne umsetzen möchten.“

Die Grünen bekennen sich folgerichtig zu einer „klaren ordnungspolitischen Orientierung – so viel Markt wie möglich,

so viel Staat wie nötig“. In solchen Liebeserklärungen an die Soziale Marktwirtschaft ist nichts mehr von der alten ideologischen Kapitalismuskritik der Grünen zu finden. Amüsant ist am Rande, dass die Grünen in ihrem Grundsatzprogrammwurf das Etikett der „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ übernehmen wollen, das die CDU wegen mangelnder Vermittelbarkeit unauffällig entsorgt hat.

Längst haben die Grünen auch entdeckt, dass die Förderung des Mittelstandes zentrale Aufgabe vernünftiger Wirtschaftspolitik ist. Sie stehen dem Kinderglauben der SPD an staatliche Beschäftigungsprogramme misstrauisch gegenüber. Gewerkschaften und Grüne zählen einander trotz mancher Lockerungsübungen ebenso wenig zum jeweiligen Fanclub wie Gewerkschaften und Union.

Grüne haben die Riester'sche Rentenreform nicht nur hinter verschlossenen Türen wie die Union als nicht zukunftsfähig kritisiert. In der Finanzpolitik unterscheiden sich die Vorschläge der Finanzpolitiker beider Parteien kaum, wenn man das übliche Rollenspiel zwischen Regierung und Opposition einmal beiseite lässt. Die Grünen-Vorschläge zur Steuerreform sind mit denen der Union durchaus einigungsfähig. Gefordert werden „leistungsgerechte Steuersätze, ein einfaches und transparentes Steuersystem“. Es bleibt die Ökosteuer als gravierender Unterschied – aber wäre sie auch ein grundlegendes Hindernis für die Zusammenarbeit, oder liegt hier die Möglichkeit einer Annäherung in der von der Union geforderten europäischen Lösung?

Selbst dem für ihre Klientel schwierigen Thema Globalisierung nähern sich die Grünen in ihrem neuen Grundsatzprogrammwurf realistisch und beschreiben sie mit fast positivem Tenor als „eine Herausforderung zur Gestaltung einer nachhaltigen, freiheitlichen, demo-

kratischen und solidarischen Welt“. Ausdrücklich bekennen die Grünen „Wir sind gegen eine Renationalisierung der Märkte...“. Zwar liege in der Globalisierung die Gefahr der „Spaltung der Erde in Regionen ungleicher Entwicklung“, aber auch wenn die „Herausbildung eines politischen und rechtlichen Ordnungsrahmens für den globalen Markt“ noch zu wünschen übrig lasse, sei sie in den letzten Jahren vorangekommen.

Die „Globalisierungsgegner“ werden das sicher anders sehen, und Daniel Cohn-Bendit hat in seiner provokativen Art die Grünen schon auf die hierin liegende Problematik hingewiesen. Es wird spannend sein zu beobachten, ob sich die Partei wieder eher auf den emotionalen Bewegungspfad begibt oder die Gestaltungsmöglichkeiten realer Wirtschaftspolitik nutzen wird.

Übernahme der Außen- und Sicherheitspolitik

Die größte Nähe haben Union und Grüne wohl in der Außenpolitik gefunden – und zwar durch fast vollständige Übernahme der Politik der Regierung Kohl durch Außenminister Fischer. Das Ziel der europäischen Einigung hat die beiden Parteien schon immer geeint. Für die Grünen soll die Europapolitik im neuen Grundsatzprogramm zum „wichtigsten Feld“ ihrer Außen- und Sicherheitspolitik werden. Robert Schumann und Jean Monet werden als Vorbilder sogar ausdrücklich erwähnt. Die Europapartei CDU kann sich darüber nur freuen.

Inzwischen unterstützen die Grünen auch die Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten friedensichernden Auslandseinsätzen mit großer Selbstverständlichkeit. Sie fordern nicht mehr die Auflösung der NATO – im Gegenteil, die Notwendigkeit der NATO wird im Grundsatzprogrammwurf der Grünen so selbstverständlich vorausgesetzt, dass sie keiner Begründung mehr bedarf.

Die Grünen sehen auch in den USA nicht mehr den Hort allen Übels – jetzt ist ein „enges und freundschaftliches Verhältnis zu Amerika“ ihr Ziel –, und die Tage der Unterstützung für fast jede bewaffnete Guerillabewegung in Lateinamerika liegen lange zurück. Zur Bundeswehr haben die Grünen zwar kein Liebesverhältnis entwickelt, aber allenfalls unverbesserliche Alt-Linke wie Jürgen Trittin ergötzen sich noch am Protest gegen Rekrutengelöbnisse. Und auch die Forderung der Grünen nach Abschaffung der Wehrpflicht wäre kein tatsächliches Koalitionshindernis, wird sie doch auch von der FDP und selbst in Teilen der Union erhoben.

Wiewohl der außenpolitische Wandel der Grünen eigentlich erst mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung eingesetzt hat, erntet heute nur noch ungläubiges Staunen, wer an die früheren Forderungen der Partei erinnert. In der neueren deutschen Parteiengeschichte findet sich kein ebenso schneller und radikaler Politikwechsel. Er wird von Joschka Fischer als Außenminister geradezu sinnlich zelebriert.

In babylonischer Gefangenschaft vereint

Über die geschilderten programmatischen Annäherungen hinaus teilen Grüne und Union miteinander auch immer mehr die Erfahrungen der babylonischen Gefangenschaft, die das Bedürfnis nach neuen strategischen Optionen wecken: Solange die Grünen eine Zusammenarbeit mit CDU/CSU ausschließen, bleiben sie ebenso von der SPD abhängig, wie sich die Union zur Mehrheitsbildung bisher praktisch ausschließlich an die FDP gebunden hat. Von dieser Lage profitieren nur Gerhard Schröder, indem er sich alle möglichen Koalitionsoptionen offen halten kann, und die FDP, die – allerdings bei Gefahr der Irritation ihrer Wähler – je nach politischer Stimmungslage mit SPD und Union flirtet.

Längst hat bei den Grünen im Übrigen eine Auseinandersetzung um die Definitionshoheit der Ziele grüner Politik begonnen. Die Erben der 68er-Generation aus der Anti-Atom- oder der Frauenbewegung besetzen zwar noch wichtige Führungspositionen der Partei, sind aber im geistigen Diskurs zunehmend in der Defensive. Ideologie ist bei den jüngeren Grünen nicht mehr populär.

Insgesamt steht der Partei der Generationswechsel bevor, den die CDU bereits vollzogen hat. Dieser Generationswechsel wird die Grünen ähnlich verändern wie der Sieg der Realos über die Fundis und der Eintritt in Landes- und Bundesregierungen. Bundestagsabgeordnete wie Karin Göring-Eckhardt, Matthias Berninger, Cem Özdemir, Oswald Metzger oder Simone Probst haben ein anderes Politikverständnis als Joschka Fischer, Jürgen Trittin oder Daniel Cohn-Bendit. Daraus könnte auch jener Grundstock an persönlichem Vertrauen entstehen, der für eine politische Zusammenarbeit ebenso wichtig ist wie ein Fundament programmatischer Einigkeit, die Erfahrung gemeinsamen politischen Handelns und eine verbindende strategische Interessenlage.

Grüne und CDU/CSU sollten sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass eine politische Zusammenarbeit nicht die Verschmelzung der Parteien bedeutet, sondern Unterschiede – wie bei Koalitionen üblich – respektiert bleiben. Entscheidend ist die Frage, ob einer solchen Zusammenarbeit grundsätzliche Hindernisse im Weg stehen. Anders gefragt: Sind die Unterschiede zwischen Grünen und CDU/CSU größer als die zwischen Union, SPD, und FDP, die sich jeweils wechselseitig miteinander für koalitionsfähig halten? Die Antwort auf diese Frage legt nahe, dass Schwarz-Grün auf dem Weg vom theoretischen Gedankenspiel zur realen politischen Option ist. Der Weg mag noch lang sein, aber die Richtung zeichnet sich ab.